

BLICKPUNKT PLENUM

21. bis 23. März 2017

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde
im Hessischen Landtag



Keine weiteren Sonderopfer für hessische Beamtinnen und Beamte

Das schon seit Jahren andauernde Schröpfen der hessischen Beamtinnen und Beamten muss ein Ende haben! CDU-geführte Landesregierungen waren es, die die hessischen Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt haben. So gab es im Jahr 2015 eine Nullrunde und im Jahr 2016 für viele Besoldungsgruppen lediglich eine 1-prozentige Besoldungserhöhung. Darüber hinaus wurde die Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden erhöht - die längste Wochenarbeitszeit bundesweit! Die Sonderzahlung wurde auf 60 Prozent des Gehaltes beschränkt, das Urlaubsgeld abgeschafft. Der Unmut in der hessischen Landesverwaltung ist groß. Die angebliche Wertschätzung der geleisteten Arbeit drückt sich in Ignoranz und Arroganz aus. Darüber hinaus ist Hessen als einziges Bundesland aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ausgetreten und hat die bisherige Praxis durchbrochen, die Tarifergebnisse 1:1 auf die Beamten zu übertragen. Unser erneuter Antrag auf Rückkehr in die Tarifgemeinschaft (TdL) wurde abgelehnt. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung haben ihren Unmut in unzähligen Protestaktionen deutlich gemacht. Endlich hat die Landesregierung Einsehen gezeigt und entschieden, die Tarifergebnisse für 2017 und 2018 auch auf die Beamten zu übertragen.

Wir freuen uns sehr, dass sie damit gegen ihren eigenen schwarz-grünen Koalitionsvertrag handeln, der für die Beamtinnen und Beamten jährlich nur eine Besoldungserhöhung von einem Prozent vorsieht. CDU und Grüne sind aber lediglich aus wahltaktischen Gründen von ihrer bisherigen beamtenfeindlichen Besoldungspolitik abgewichen. Hessen muss endlich als Arbeitgeber wieder interessant werden, dazu gehört auch eine angemessene Besoldung, die sich an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung orientiert. Nicht umsonst gibt es riesige Nachwuchsprobleme in den Schulen und bei der Polizei.

Hessen braucht endlich ein Recht auf Informationsfreiheit

Eine freiheitlich demokratische Gesellschaft braucht mündige, wissende Bürger, denen ein transparenter Staat gegenübersteht. Staat und Politik müssen sich öffnen und Vorhaben und Entscheidungsgrundlagen nachvollziehbar machen. Ein umfassendes Informationsrecht stützt die demokratische Meinungs- und Willensbildung.

In Hessen ist derzeit lediglich ein Umweltinformationsgesetz (HUIG) in Kraft. Eine darüber hinausgehende gesetzliche Regelung über ein umfassendes Recht auf Informationszugang gegenüber staatlichen Stellen gibt es in Hessen nicht. Bürgerinnen und Bürgern Hessens haben nur sehr beschränkte Möglichkeiten, Informationen zu bekommen. Es ist daher dringend erforderlich, auch in Hessen ein umfassendes Informationsrecht zu schaffen.

Die SPD Fraktion hat mit ihrem Gesetzentwurf für ein Hessisches Transparenzgesetz bereits einen umfassenden Vorschlag unterbreitet. Die Anhörung im Innenausschuss hat die Notwendigkeit und Richtigkeit unterstrichen. In neun Bundesländern gibt es bereits Informationsfreiheitsgesetze, nach denen Informationen auf Antrag herausgegeben werden. Hamburg, Rheinland-Pfalz und Bremen haben Transparenzgesetze erlassen, die die Behörden zusätzlich zur eigenständigen Veröffentlichung von zentralen Daten verpflichten. Das beweist, dass Befürchtungen und Ängste in den Verwaltungen unbegründet sind. Hessen muss endlich weg vom letzten Platz im bundesweiten Transparenzranking!

Lehrermangel in Grundschulen

Viele Lehrerinnen und Lehrer sind mit ihren Kräften am Ende und sehen sich zunehmend überfordert durch die stetig steigenden Anforderungen. Das beweisen zahlreiche Hilferufe und Brandbriefe von Kollegien, Schulleitungen und Elternvertretungen aus den letzten Monaten und –völlig neu- Demonstrationen von Lehrerinnen und Lehrern. Nicht nur der Mangel an Lehrkräften und Schulleitungen, sondern auch fehlende Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen, Psychologen und Förderlehrkräfte lassen die Belastung steigen. Zum Sommer 2017 fehlen mindestens 300 Personen. Die Landesregierung hat seit 2015 an Grundschulen 150 Stellen gekürzt und belastet die Lehrer mit immer neuen Aufgaben. Neben stetig anwachsenden Verwaltungstätigkeiten ergeben sich auch durch die Inklusion große Herausforderungen. Verhaltensauffälligkeiten und größeres Aggressionspotential fordern mehr Erziehungsarbeit. Auch zunehmender Beratungsbedarf und Gespräche mit Fachkräften und Förderzentren kosten Zeit, die bei der Stellenplanung unzureichend oder gar nicht berücksichtigt wird. Inklusion kann nur gelingen, wenn den Schulen mehr Personal für individuelles Lernen und differenzierten Unterricht gewährt wird. Die wichtigen ersten Schritte der Schullaufbahn können nur erfolgreich verlaufen und ein solides Fundament für den weiteren Bildungsweg schaffen, wenn ausreichend viele gut qualifizierte und motivierte Lehrkräfte vorhanden sind. Wir fordern die schwarz-grüne Landesregierung auf, die hessischen Grundschullehrkräfte angesichts stetig wachsender Aufgaben und Belastungen bei gleichzeitigem Personalmangel nicht länger im Regen stehen zu lassen: Sie muss mehr Lehrkräfte einstellen, echte Ganztagsangebote ausbauen sowie Unterstützung durch Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen und Förderpädagogen sicherstellen.

Außerdem ist es nicht einzusehen, dass Grundschullehrkräfte deutlich schlechter bezahlt werden als ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Schulformen und gleichzeitig mit 29 Stunden die bundesweit höchste Unterrichtsverpflichtung haben. Durch die gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte muss das Land mehr Wertschätzung für die verantwortungsvolle Arbeit der Grundschullehrkräfte zeigen. So kann die Attraktivität des Berufs, insbesondere auch für männliche Lehrkräfte, erhöht werden. Die Grundschulen können ihrer wichtigen Arbeit nur gerecht werden, wenn mehr Ressourcen eingesetzt werden.

Schwarz-grüne Landesregierung verzettelt sich beim Klimaschutz

Statt sich auf wichtige und wirksame Kernprojekte zu konzentrieren, präsentierte Umweltministerin Hinz als Klimaschutzkonzept der Landesregierung ein Sammelsurium mit über 140 Einzelmaßnahmen – von der CO₂-neutralen Landesverwaltung bis hin zum Schutz der Moorböden. Im Transitland Hessen ist der Verkehr der mit Abstand größte Klimaverschmutzer. Die von der Landesregierung in den Mittelpunkt gestellten Maßnahmen, wie das Schülerticket und das Jobticket für alle Landesbediensteten, bringen zwar mehr Fahrgäste für den ÖPNV, verbessern aber nicht dessen Qualität und Reichweite und sind insgesamt nicht ausreichend, um den Klimaschutz im Verkehrsbereich wirksam und nachhaltig zu verbessern.

Für uns ist die Energiewende nur die kleine Schwester der Verkehrswende. Wir brauchen einen Hessenplan für den Verkehrs- und Mobilitätssektor. Dabei müssen die über 60.000 Beschäftigten der hessischen Automobilwirtschaft zwingend mit einbezogen werden. Wenn wir deren Kompetenz und deren Knowhow nutzen, können wir vom Elektroantrieb bis zur Brennstoffzellentechnologie die Fahrzeuge der Zukunft entwickeln und Hessen als Standort der Automobilwirtschaft sichern. Das wäre der größte Beitrag für den Klimaschutz.

Wir kritisieren, dass die Erstellung des Klimaschutzplans bisher eine reine Regierungsveranstaltung war, deren Ergebnis dem Parlament zur Kenntnis gegeben wurde. Wir setzen uns dafür ein, dass der Hessische Landtag in eigener Verantwortung sowie unter Beteiligung der Presseöffentlichkeit Experten anhören und befragen kann. Nur so können Kritik und Anregungen von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände bis zum BUND transparent und offen dargelegt sowie ggf. aufgegriffen werden. Daher haben wir mit der FDP beantragt, eine Landtagsanhörung zum Klimaschutzplan der Landesregierung durchzuführen.